

Antragsbereich W / Antrag 1

Antragsteller: AfA

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

W1: Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren**Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren**

Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone

5

Die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der Eurokrise verfehlen die eigentlichen Ursachen, gehen zu Lasten der Lebens- und Arbeitsperspektiven vieler Millionen Menschen, schaffen kein ausreichendes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und bedrohen auf diese Weise den Bestand der Währungsunion und der EU als Ganzes. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde unvorhersehbare wirtschaftliche Risiken für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten. Von der damit verbundenen politischen Dimension eines gespaltenen Europa ganz zu schweigen. Als Europapartei der ersten Stunde werden Sozialdemokraten eine Spaltung Europas niemals akzeptieren. Es ist die historische Aufgabe der SPD, neu aufkeimenden, rückwärtsgewandten Nationalismus entschlossen in die Schranken zu weisen.

10

15

Doch dazu muss Europa endlich einen sozialverträglichen Pfad aus der Eurokrise einschlagen und die gravierenden Konstruktionsfehler der Währungsunion konsequent beseitigen:

20

– Die Kritik an einer einseitig auf Kürzungen der Lohn- und Sozialeinkommen abzielenden Politik reicht quer durch sämtliche ökonomische Schulen, wie die Tagung der Wirtschaftsnobelpreisträger im Juli 2014 in Lindau eindrucksvoll dokumentiert hat. Europa braucht vordringlich eine gemeinsame Wachstums- und Investitionsstrategie, eine Rückkehr zum Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten, mehr Koordinierung und Harmonisierung sowie institutionelle Reformen. Notwendige Strukturreformen zur Überwindung von je besonderen nationalen Entwicklungsblockaden (z.B. Immobiliensektor in Spanien, effektive Verwaltungen in Italien oder Griechenland, Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung u.a.) können ihre Wirksamkeit am besten entfalten, wenn sie in eine Wachs-

30

Weiterleitung
an bayerische
MdEPs für
europäisches
Wahlpro-
gramm

tumsstrategie eingebettet sind.

35

– Die Webfehler der Währungsunion bestehen in der mangelnden politischen Koordination der makroökonomischen Größen und in der Institutionalisierung einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Mit Blick auf die Leistungsbilanzen, die Lohn- und Inflationsentwicklung sowie auch auf die Steuerharmonisierung muss der sukzessive Abbau der bestehenden Ungleichgewichte konsequent ins Visier genommen werden. Die wirtschafts- und steuerpolitische Integration muss entscheidend vertieft, Europa mithin zu einer echten Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickelt werden. Eine regelgebundene Finanzpolitik und Schuldenabbau sind in diesem Rahmen unverzichtbar. Doch genau deshalb müssen sich Sozialdemokraten in ganz Europa auf den Weg machen, eine zum Dogma geronnene und im Kern neoliberale Austeritätspolitik zu überwinden. Denn die neoliberale Wirtschaftsdoktrin generiert aufgrund ihrer einseitigen Sparfixierung viel zu wenig Investitionsdynamik und Wirtschaftswachstum. Sie versperrt damit vor allem den Krisenstaaten die Möglichkeit, sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen zu können. Zudem geht die Austeritätspolitik immer nur zu Lasten der Lohn- und Sozialeinkommen der breiten Schichten und führt zum drastischen Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Europa braucht deshalb einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel für mehr Wachstum und Investitionen und eine dauerhaft tragfähige Architektur der Eurozone.

Ein sozialverträglicher Wachstumspfad aus der Eurokrise ist möglich

60 Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Europa

Es kommt entscheidend darauf an, europaweit abgestimmt für mehr realwirtschaftliches Wachstum zu sorgen, damit die Staaten sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen können. Europa braucht dringend eine europaweit koordinierte Wachstumsstrategie – etwa in Anlehnung und Fortschreibung der alten Pläne zum Ausbau der europäischen Infrastruktur von Jaques Delors. Der Juncker-Plan ist dafür kein Ersatz: Er zeigt zwar die richtige Einsicht, dass mehr Investitionen nötig sind, beschränkt sich dazu aber auf Umdeklarierung von Haushaltsmitteln und setzt auf die Hebelwirkung von Kreditmärkten, die gerade ihre Unfähigkeit erweisen, produktive Investitionen in Gang zu setzen.

Insbesondere für die Krisenländer gilt: ohne Wachstum keine Steuerein-

nahmen, ohne Steuereinnahmen keine erfolgreiche Konsolidierung. Diese
75 Länder müssen deshalb wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren
können. Dieser Weg muss durch ein europäisches Programm für öffentliche
Zukunftsinvestitionen unterstützt werden. Damit ein solches Investi-
tionsprogramm tatsächlich eine spürbare Wirkung auf die europäische
Wirtschaft hätte, müsste es ausreichend groß dimensioniert sein. Das
80 Ausgabevolumen sollte dabei mindestens ein Prozent des Euro-Zonen-BIP,
also rund 100 Milliarden Euro jährlich ausmachen. Gefordert ist in diesem
Zusammenhang eine investitionsfördernde Reform des Fiskalpaktes. Denn
die geltenden Fiskalregeln der EU ebenso wie die

85 Vorgaben zur Haushaltssanierung durch die ESM-Programme und den IWF
haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren öffentliche Ausgaben
in einer Art und Weise gekürzt wurden, die das Wirtschaftswachstum in
Europa sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite stark
belastet. So wurden unter anderem Ausgaben für öffentliche Investitionen
90 in Infrastruktur ebenso massiv gekürzt wie Bildungsausgaben und öffentli-
che Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Sowohl in Deutschland als
auch in der Eurozone insgesamt liegen die öffentlichen Nettoinvestitio-
nen (also Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen für Abnutzung)
nun im negativen Bereich. Sprich: die öffentliche Infrastruktur verfällt
95 zusehends. Nach allen Erkenntnissen der neueren Wachstumstheorie sind
allerdings gerade diese Ausgaben besonders wichtig für die Effizienz einer
Volkswirtschaft, ihren technologischen Fortschritt und das mittelfristige
Wachstumspotential. Ein europäisches Wachstumsprogramm muss deshalb
entschieden daraufsetzen, diese öffentlichen, produktivitätssteigernden
100 Ausgaben wieder zu erhöhen.

Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten durch mehr Binnennachfrage

105 Entscheidende Wachstumsimpulse für die Eurozone müssen von den
Überschussländern ausgehen. Diese müssen ihre eigene Binnennachfrage
und ihre Inlandsinvestitionen substanziell erhöhen, weil die Leistungsbi-
lanzdefizitländer kaum eigene expansive Impulse setzen können. Vor allem
Deutschland ist hier gefordert es muss seinen Niedriglohnsektor zurück-
110 drängen, die öffentlichen Investitionen ausweiten und zudem über ein
höheres Lohnniveau einen wesentlichen Beitrag zur dauerhaften Erhöhung
der Binnennachfrage leisten. Der Ausgleich der Ungleichgewichte kann nur
beidseitig gelingen. Denn zum einen kann eine reine Abwärtsanpassung des

Preis- und Lohnniveaus in den Krisenländern der Euro-Zone nicht gewünscht
115 sein. Preis- und Lohnsenkungen machen nämlich tendenziell die Bedienung
der Schulden von Haushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand
noch schwieriger, weil die reale Schuldenlast steigt. Dies führt zu weiteren
Problemen im Bankensektor und zu einer dauerhaft gedämpften gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Zum anderen wäre eine einseitige Anpassung
120 der Krisenländer auch alles andere als nachhaltig: Denn die Eurozone
insgesamt – deren Leistungsbilanz einigermaßen ausgeglichen ist – würde
dann hohe Überschüsse im Handel mit anderen Wirtschaftsregionen ausweisen und den Euro in eine massive Aufwertungstendenz bringen. Alle
Bemühungen der Krisenländer, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu
125 verbessern, würden durch eine Aufwertung konterkariert. Deshalb ist die
makroökonomische Koordinierung von zentraler Bedeutung.

Steuer-, Lohn- und Sozialdumping verhindern

130 Die Eurozone muss eine gezielte Steuer-, Sozial- und Inflationskonvergenz
anstreben. Es braucht auf hohem Niveau harmonisierte Körperschafts-
steuern mit vergleichbaren steuerlichen Bemessungsgrundlagen sowie
Mindestlohnkorridore und Lohnleitlinien nach wirtschaftlicher Leistungs-
fähigkeit. Es geht darum, ein Steuer- und Lohndumping sowie die damit
135 verbundenen unkoordinierten realen Abwertungen im Euroraum besser
unterbinden zu können. Eine gemeinsame Währungsunion kann nur dann
funktionieren, wenn das vereinbarte Inflationsziel von allen Mitgliedsstaaten
verfolgt wird. Demnach muss gewährleistet werden, dass jedes Land
seine Löhne jährlich in angemessenem Umfang steigert. Das bedeutet
140 insbesondere, dass Krisenstaaten, welche ein zu hohes Lohnwachstum in
der letzten Dekade generiert haben, nun Lohnzurückhaltung üben müssen,
während in Überschussländern, insbesondere in Deutschland, Lohnzuwächse
von deutlich über zwei Prozent über den Produktivitätszuwächsen
realisiert werden müssen.

145

Europäische Regulierung des Finanz- und Bankensektors

Der Finanz- und Bankensektor muss einer strikten und europaweit wirksamen
Regulierung unterzogen und die Verursacher der Finanzkrise über eine
150 europaweite Finanztransaktionssteuer zur Tilgung der Staatsdefizite herangezogen
werden. Ohne Wirtschaftswachstum kann die Konsolidierung dauerhaft nicht
gelingen. Eine weitere wichtige Bedingung für erfolgreiche Konsolidierung
besteht aber darin, ausreichende Steuereinnahmen zu

generieren. Deshalb müssen die Krisenverursacher – die Finanzmärkte – an
155 der Finanzierung der Krisenfolgen durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer beteiligt werden – konzipiert mit breiter Bemessungsgrundlage und wenigen Ausnahmen. Der Steuersenkungswettbewerb bei Unternehmenssteuern ist zu beenden, auch Großkonzerne und Vermögensmillionäre müssen sich angemessen an der Finanzierung ihrer Gemeinwesen beteiligen.
160

Schuldentilgung nicht zu Lasten des Wachstums

Die Refinanzierung der Krisenländer muss im Tausch gegen glaubwürdige
165 Verpflichtungen zum Schuldenabbau nachhaltig abgesichert werden wie dies etwa der Sachverständigenrat mit dem sog. Schuldentilgungsfonds vorgeschlagen hat. Die übermäßige Verschuldung der Euro-Länder jenseits einer Verschuldungsmarke von 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung kann realistisch nur in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren auf
170 Basis einer gemeinsamen Teilhaftung abgebaut werden. Mit der Gründung eines sog. Schuldentilgungsfonds nach dem Vorschlag des deutschen Sachverständigenrats kann die Haftung – anders als bei Eurobonds – zeitlich wie volumenmäßig begrenzt und mit einer „klaren, langfristigen und glaubwürdigen Verpflichtung aller teilnehmenden Länder für den Schuldenabbau“ verbunden werden. Zudem muss die unabweisbar notwendige Umschuldung Griechenlands in Angriff genommen und die Rückzahlung der Kredite an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, damit Anreize für wachstumsfördernde Maßnahmen geschaffen werden.
175

180 Sparpolitik verschärft die wirtschaftlichen Probleme

Die Krisenländer haben bereits – zulasten ihres Wirtschaftswachstums – drakonische Sparmaßnahmen umgesetzt. Entgegen weitverbreiteter Annahmen hat vor allem Griechenland seine Ausgaben reduziert. Die
185 Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank in Griechenland zwischen 2009 und 2014 von 907.351 auf 651.717. Das ist ein Rückgang von 25 Prozent. Das staatliche Defizit betrug im Jahr 2009 noch 15,6 Prozent. Im Jahr 2014 sank es auf -2,5 Prozent. Kein Land der Welt hat sein Staatsdefizit in einem solchen Ausmaß und in derart kurzer Zeit reduziert. Von weiteren drakonischen Sparmaßnahmen bei den Masseneinkommen ist jedoch in
190 der gesamten Eurozone unbedingt abzusehen. Andernfalls droht jederzeit der Rückfall in schwere Rezessionen. Eine erneute Rezession in den Krisenländern würde sämtliche Konsolidierungsbemühungen nahezu aus-

sichtslos machen. Allerdings müssen die Krisenländer ihre Ausgabenpfade
195 bei Löhnen und Staatsausgaben noch einige Jahre verlangsamen, um ihre
Defizite zu verringern. Weitere absolute Absenkungen bei Staatsausgaben
oder Löhnen müssen aber vermieden werden, vielmehr sind Zuwächse zur
wirtschaftlichen Stabilisierung erwünscht, sie müssen aber unterhalb der
„Normalzuwachsrate“ von Produktivität plus Zielinflationsrate bleiben.

200

Soziale Rechte und demokratische Strukturen in der EU stärken

Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozial-
union flankiert werden. Die sozialen Grundrechte, wie sie bereits in der
205 EU-Grundrechtscharta angelegt sind, dürfen nicht den Marktfreiheiten
im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen
ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip
vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa
muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am
210 gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden.
Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen
Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte deutlich
ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen
nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance
215 haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Politisch ausgestaltet
werden muss die europäische Sozialunion vor allem dadurch, dass soziale
Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden. In
einem sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und
Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen Staaten ebenso wie
220 existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am
jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen festgeschrieben werden.

Die Realisierung einer solchen Sozialunion kann nicht gelingen im Rahmen
einer autokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene, die
225 ohne Mitbestimmung des Europäischen Parlaments und auch gegen den
Willen der nationalen Parlamente durchgesetzt wird und dabei neben
dem forcierten Sozialabbau auch Eingriffe in die Tarifautonomie und das
Tarifvertragsrecht, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Absenken
des Mindestlohns erzwingt und mit Privatisierungsmaßnahmen neue
230 Anlagesphären fürs Finanzkapital zulasten der Daseinsvorsorge schafft.
Zugleich bemüht sich die EU, die Festlegung auf einen neoliberalen Kurs zu
verstärken: mit den verschiedenen verhandelten Freihandelsabkommen,
mit weiteren Versuchen, den europäischen Kapitalmarkt auszubauen und

mit Fortführung einer Politik der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern
235 und Regionen der EU – logische Folge der angestrebten „Stärkung der
Wettbewerbsfähigkeit“.

Nicht nur in den „Krisenländern“ erweckt dieses Vorgehen den Eindruck,
die „nationalen“ Interessen seien gegen die EU durchzusetzen. Dies führt
240 zu merkwürdigen Ergebnissen wie beim Brexit – wo die Öffnung des
Arbeitsmarktes zum Argument gegen die EU wurde, obwohl die britische
Regierung in diesem Punkt der EU-Politik gerade nicht gefolgt war.

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik muss als demo-
245 kratischer Prozess erfolgen und nicht als technokratische Durchsetzung ver-
meintlicher ökonomischer Sachzwänge. Die Politik der negativen Integrati-
on, die wachsenden Wohlstand und Kohäsion von freien Wirken der Markt-
kräfte erwartete, ist gescheitert. Der Niedergang der europäischen Sozial-
demokratie zeigt auch, dass unter diesen Voraussetzungen eine Politik des
250 sozialen Ausgleichs nicht mehr überzeugend formuliert werden kann. Daher
ist gerade die Sozialdemokratie im wirtschaftlich stärksten Land der EU ge-
fordert, eine Alternative zu entwickeln, die Ziele der gesellschaftlichen Ent-
wicklung wieder in den Mittelpunkt rückt.